



Pressemitteilung 05.06.2008

Der Landesfamilienrat fordert die Landespolitik dazu auf, die Sätze von Kindern im Hartz IV - Sozialleistungsbezug zu verbessern

Die Zahlen des 3. Armuts- und Reichtumsberichtes der Bundesregierung haben es gezeigt: Die Not der Kinder und Jugendlichen in Deutschland wächst weiter. Mehr als 17% der Kinder und Jugendlichen (2,3 Millionen) sind in einem der reichsten Länder der Erde arm oder armutsgefährdet. Besonders betroffen sind Kinder von Alleinerziehenden, aus Mehrkindfamilien oder Familien mit Migrationshintergrund.

"Die wachsende Verarmung ist das Ergebnis verschiedener Entwicklungen wie z.B. einer zunehmenden Niedriglohnpolitik, den teilweise dramatischen Preissteigerungen - insbesondere bei den Energiekosten -, einer Steuerpolitik, die vor allem in der Mitte der Gesellschaft zugreift sowie der Höhe der Sozialversicherungsbeiträge", sagt Jürgen Rollin, der Vorsitzende des Landesfamilienrates Baden-Württemberg. Neben der überfälligen Erhöhung des Kindergeldes ist Familiengerechtigkeit daher auch im Steuer- und Abgabenrecht dringend einzufordern.

Ein wichtiges Mittel zur Bekämpfung der Kinderarmut ist die Erhöhung der Regelsätze für Kinder im Hartz IV- Bezug. Diese müssten endlich den besonderen Bedarf von Kindern berücksichtigen und auch Anteile für Bildung enthalten. Auch die Beträge für Ernährung sind viel zu gering bemessen. So stehen für ein Kind unter 15 Jahren 2,57 Euro täglich und damit für das Mittagessen nur 1,06 Euro zur Verfügung. An eine Außer-Haus-Verpflegung, etwa den Mittagstisch in der Schule, ist da nicht zu denken. Der Landesfamilienrat kritisiert in diesem Zusammenhang die Ablehnung der Landesregierung, sich an der Fondslösung für die Bereitstellung eines kostenlosen Mittagessens für Kinder aus wirtschaftlich benachteiligten Familien in Schulen oder Tageseinrichtungen zu beteiligen.

Der Landesfamilienrat fordert die Landesregierung dazu auf, im Bundesrat initiativ zu werden und für die notwendige und überfällige Anhebung des Regelsatzes für Kinder im Sozialgeldbezug einzutreten. Es gehe nicht an, so Rollin weiter, dass die Not der Kinder und Familien auf dem Verschiebeparkplatz der Politik zwischen Bund, Ländern und Kommunen "auf der Strecke bleibe".

Der Landesfamilienrat Baden-Württemberg ist ein Zusammenschluss von Verbänden und Organisationen, die landesweit in der Arbeit für und mit Familien engagiert sind. Er versteht sich als unabhängiger und weltanschaulich neutraler Anwalt und Partner für die Belange von Familien und beteiligt sich aktiv an der Meinungsbildung politischer Entscheidungsträger.

Stuttgart, 05.06.2008